

FU Berlin kritisiert Senatspläne für Flüchtlingscontainer

Lebhafter Protest gegen Flüchtlingscontainer auf Unigelände in Berlin-Dahlem. Wie reagiert die Freie Universität? Erfahren Sie mehr hier. #Flüchtlingsunterkunft #Proteste #Berlin

Auf dem Grundstück an der Thielallee 63 in Berlin-Dahlem, das derzeit noch als Parkplatz genutzt wird, plant der Senat den Bau eines Containerdorfs zur Unterbringung von 260 Flüchtlingen. Dies stößt jedoch auf Widerstand, insbesondere von der Freien Universität, die auf dem Gelände eigentlich ein Gebäude für Lehre und Forschung errichten möchte. Der Präsident der Universität, Günter Ziegler, zeigt sich verärgert darüber, dass die Senatspläne ohne Einbeziehung der Hochschulleitung vorangetrieben wurden. Die Universität betonte jedoch ihre generelle Bereitschaft, Geflüchteten im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu helfen.

Die Freie Universität verwies darauf, dass das fragliche Grundstück ab 2023 dringend für eigene Bauprojekte benötigt wird. Alternativ schlug sie vor, leere Gebäude der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in der Nähe als Unterkünfte für Flüchtlinge zu nutzen. Der Sonderbeauftragte für Flüchtlingsfragen beim Senat, Broemme, betonte, dass die Universität eine zeitliche Angabe für den Bau des neuen Gebäudes machen müsse, da bis dahin Flüchtlinge dort untergebracht werden könnten.

Ende März beschloss der Senat den Bau von 16 weiteren Containerdörfern zur Unterbringung von Flüchtlingen. Die Standorte verteilen sich vor allem auf Ost-Berlin, wobei die

Standorte in den Bezirken Lichtenberg, Pankow und Treptow-Köpenick geplant sind. Trotz dieser Maßnahmen für Wohnraum sind weitere Containerdörfer notwendig, da die Nachfrage das Angebot übersteigt. Der Ungleichheit in der Verteilung von Flüchtlingen in den Bezirken Berlin wird durch die Konzentration der neuen Standorte im Osten weiter verstärkt.

Die geplante Errichtung eines Containerdorfes auf dem Unigelände in Steglitz-Zehlendorf löst Kritik im Netz aus, insbesondere an der Freien Universität. Einige Nutzerinnen und Nutzer beklagen, dass die Universität Platz für verschiedene Veranstaltungen habe, aber kein Verständnis für die temporäre Unterbringung von Flüchtlingen zeige. Die Debatte wirft Fragen zur Haltung und Offenheit der Universität gegenüber verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen auf.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de